

gehend die reiche Entwicklungsfähigkeit des marokkanischen Marktes. Wichtiges voll hebt sich von diesem Hintergrund der Nachweis ab, daß der britische Handel zu gunsten des französischen immer mehr zurückgeht, und daß ihm daselbe Schicksal droht, welches ihm in Tunis und in Madagastar von Frankreich bereitet wurde, wenn die Entwicklung so weiter geht, wie es seit dem Abbruch des englisch-französischen Marokkoabkommens bisher der Fall gewesen ist. Die Urkunde aber für die Verdrängung des britischen Handels erblickt der Verfasser in der Tatsache, daß jeder französische Beamte, jeder französisch-politischer Agent und jeder französische Kaufmann gehalten sind, stets und überall das französische Interesse wahrzunehmen. Der Verfasser wundert sich deshalb nicht im mindesten, wenn die Marokkaner unter dem Eindruck stehen, daß die Franzosen ihr Land „stehlen“ wollen. Der Verfasser schließt mit dem dringenden Appell an die englische Handelswelt, einmütig zusammenzutreten, „damit jede Verletzung des Handels und die Verletzung des Geistes der Algerias-Akte verhindert und die Verletzung des englisch-französischen Abkommens für den britischen Handel mit Marokko beseitigt werde.“

— Von Tag zu Tage lauten die Nachrichten über die Lage an der indischen Nordwestgrenze bescheidlicher. Selbst in den sehr vorzüglich abgefaßten offiziellen Meldungen wird zugegeben, daß der Fanatismus in einer ganz unerwarteten Weise zunimmt, und daß die Eingeborenen in immer größerem Umfange sich von den Nullahs betören lassen. Das aberbedenklichste aber ist, daß weitere Aufwüthler aus Afghanistan über den Fluß gekommen sind und zwar ohne daß von afghanischer Seite irgend etwas geschehen wäre, um das zu hindern. Ein weiterer besorglicher Punkt sei, daß die Aufständischen offenbar nach einem ganz organisierten System mit Waffen und Munition versehen worden seien. Das zeige außerdem, daß die Führer zuverlässig seien, ihre Leute zusammenhalten zu können.

Die Ueberfälle der englischen Lager werden fortgesetzt, und den letzten Nachrichten zufolge sind von den Stationen aus nach allen Richtungen große Mengen von Eingeborenen zu sehen, die sich offenbar sammeln. Alle Posten werden daher so schnell wie möglich verläßt, was aber ihrerseits wiederum erschwert wird, daß die meisten im Punjab stationierten Regimenter sich weit unter ihrer Mannschaften auf dem gewöhnlichen Sommerurlaub abwesen sind. Alarmrufen an der Grenze erklängen bereits, daß die Nullahs einen heiligen Krieg predigen und daß es zu einem allgemeinen Kampf kommen werde.

Die britischen Verluste in dem Gefechte gegen die Mohmands am 24. April werden amtlich bekannt gegeben. Es wurden 7 Mann getötet, 4 Offiziere und 28 Mann schwer, 19 Mann leicht verwundet. Die Verluste des Feindes werden auf 400 Mann geschätzt.

— In Tschahar ist über Jellalabad die Nachricht eingetroffen, daß der Emir von Afghanistan ernstlich erkrankt sei, und daß er gegenwärtig sich nicht mit Regierungsgeschäften abgeben könne.

— Es wurde das Gerücht verbreitet, daß in Washington die Meinung bestehe, mit der chinesischen Regierung in eine engere Fühlung zu treten, welche die gemeinsame Bekämpfung weit ausgreifender Bestrebungen Japans auf dem Gebiete der östlichen Politik zum Zwecke haben soll. In Paris ist diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Kombination einer näheren Fühlung nicht Stand halten könne. Die Verletzung einer derartigen antijapanischen Entente wäre ein Unternehmen, das sicherlich nicht zur Befestigung der friedlichen Lage in Ostasien dienen könnte, sondern eine Verstärkung bestehender Gegensätze herbeiführen müßte. Man sei aber durchaus nicht berechtigt, der amerikanischen Regierung zuzumuten, daß sie Pläne in Erwägung ziehe, die ein gemagtes Spiel mit der weiteren Gestaltung der Dinge in Ostasien bedeuten würden. Ferner siehe die erwähnte Annahme in scharfem Widerspruch mit dem Charakter der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Amerika und Japan, die von beiden Seiten auch in neuester Zeit immer wieder als freundschaftliche bezeichnet wurden.

— Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß im Staate Santiago del Estero eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen ist. Der Gouverneur und die Minister wurden gefangen genommen und ihrer Ämter entsetzt. Die Bewegung ist von den Bundessträften schließlich unterdrückt worden. Drei Personen blieben tot, mehrere wurden verwundet.

Landtagskandidaturen.

Die Urwählerlisten für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten sind nach den zwölf Wahlbezirken der Stadt Berlin zusammengestellt und werden in 64 Auslegestellen drei Tage lang am Sonntag, den 24. April, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr, am Montag, den 27., und am Dienstag, den 28. April, von mittags 12 bis abends 8 Uhr öffentlich zur Einsicht ausliegen. Niemand veräume es, die Listen einzusehen!

Innerhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit dieser Listen als

auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeiträge seine Einwendungen im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, schriftlich oder in den Auslegestellen bei den amfotenden Beamten zu Protokoll anbringen, welche vor Beginn oder nach Schluß der Auslegung der Listen eingegangen sind oder eingehen werden, finden keine Berücksichtigung. Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Januar-März 1908, der polizeilich behördlichen Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf sonst glaubwürdige Weise geführt werden. Die Urwähler haben in demjenigen Bezirke zu wählen, in welchem sie zurzeit des Monats März 1908 — gewohnt haben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß die Ueberfrist für die Berliner zwölf Wahlbezirke gebildet Urwahlbezirke nach ihrer räumlichen Abgrenzung und mit Angaben der zu wählenden Anzahl der Wahlmänner aufgestellt ist und gleichzeitig mit den Urwählerlisten in den Auslegestellen eingesehen werden kann.

Auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf machte der Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Marx die Mitteilung, daß sich die Zentralleitung der Zentrumspartei mit dem Gedanken trage, eine Landesorganisation für ganz Preußen zu schaffen. Das Statut sei bereits fertig und habe der Durchsicht der Landesorganisationen der Bundesstaaten die Landesorganisationen der Landesorganisationen der Bundesstaaten eine möglichst vollkommene Reichsorganisation der Zentrumspartei geschaffen sei.

Zu unterzeichnen ist diese Ministerfähigkeit keineswegs. In jedem Falle wollen wir das Augenmerk darauf richten, wie sich diese Reichsorganisation des Zentrums zu der der Sozialdemokratie stellen wird.

Im Wahlkreis Tilsit-Riederung ist das für den übrigen Teil der Provinz Ostpreußen abgeschlossene liberale Kompromiß nicht zustande gekommen. Wie die „Tilsiter Zeitung“ mitteilt, haben die Vorhände der konservativen und der nationalliberalen Partei die Aufrechterhaltung des Kartells unter den bisherigen Bedingungen beschlossen. Danach kandidiert für die Nationalliberalen wiederum Regierungsrat Glatzel, während die konservativen Regierungsrat Meyer-Tiltsch als Kandidaten nominieren. Aufstellend ist, daß die Litauer diesmal leer ausgehen sollen. Es gilt die nächste Landtagsabgeordnete Spitzig soll mit Rücksicht auf sein hohes Alter auf eine Wiederwahl verzichtet haben.

Im Kreise Neustadt-Bußig-Karthaus stellt das Zentrum eigene Wahlmänner auf, die von den Polen unterstützt werden.

In Potsdam haben die nationalliberalen Organisationen einstimmig sich für eine durchgreifende Reform des preussischen Wahlrechts ausgesprochen und den Vorstand ermächtigt, mit dem Vorstand des dortigen Liberalen Vereins über die Aufstellung eines geeigneten Kandidaten in Unterhandlung zu treten.

Im Wahlkreise Trausnitz-Guben sollten, wie gemeldet, die Nationalliberalen das Wahlbündnis mit den Konservativen erneuert haben, worauf die freisinnige Volkspartei als eigene Kandidaten die Herren Justizrat Lewin und Fabritz zum Nominieren aufgestellt hat. Nun lesen wir in der „Deutich. Tagesztg.“, daß die geeinigten Konservativen und Freiservativen des Kreises sich entschlossen sind, dem nationalliberalen Kandidaten einen Kandidaten entgegenzustellen. Sie rechnen dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Konservativen des Kreises Sozialliberalen Kompromiß in Guben doch sehr wenig auszusprechen.

Über freiservativ-kandidaturen in der Provinz Brandenburg macht die „Post“ folgende Mitteilungen: Gdert in Potsdam, Lübbke in Ostpreußen, v. Dergin in Jüterbog-Ludow. wald, Seydel-Diersdorf in Frankfurt a. O., Lebus, Student in Jülichau-Schwiebus-Kroffen, Dr. von Dirksen in Knittbus-Spreenberg-Kalan, March in Charlottenburg. Die anderen Vorkandidaten scheitern noch.

Im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg hat die neu gegründete „Deutsch-nationale Vereinigung“ neben dem bisherigen Vertreter, dem konservativen Landtagsabgeordneten v. Preußitz auf Stellung an Stelle des vom Zentrum hergegangenen Kompromißkandidaten Gdert (Deutscher aus Cottan, den Kreis-kandidaten Herr von Preußitz) als zweiten Kandidaten aufgestellt. Bei der Wahl wird es nach der „Pres. Ztg.“ wahrscheinlich zu einer Spaltung innerhalb der konservativen Partei kommen, von der ein Teil für Aufrechterhaltung des Wahlkompromisses mit dem Zentrum eintritt.

In Reisse-Großtau hat die Zentrumspartei Pfarrer Trull und Landgerichtsrat Aufgessell, Pfarrer-Wrig als Kandidaten aufgestellt.

Für Stolzenau-Neustadt kandidiert für die Freiservativen wieder Herr von Preußitz, für die Freiservativen wieder Herr von Preußitz, für die Freiservativen wieder Herr von Preußitz, für die Freiservativen wieder Herr von Preußitz.

In Göttingen haben die Nationalliberalen den bisherigen Vertreter, Abg. Heine, wieder als Kandidaten aufgestellt. Herr Heine, der aus Anlaß der Vorkfälle bei der letzten Wahl in Göttingen aus dem Bund der Landwirte ausgeschieden wurde, ist jetzt

wieder in Göttingen angenommen worden. Trotzdem haben ihm die Wähler im Verein mit der Mittelstandsvereinigung einen Nichtwahl, den Oberbürgermeister, gegenübergestellt.

In Gesehmünde-Debe haben die Sozialdemokraten den früheren Reichstagsabgeordneten für Bremen, Schmalz in Bremerhaven, als Kandidaten aufgestellt.

Die Dortmunder Nationalliberalen waren bestänzlich von dem evangelischen Arbeiterverein aufgefordert worden, eine Arbeiterkandidatur aufzustellen zu präsentieren. Die nationalliberale „Dortm. Ztg.“ erwidert auf dies Anerbieten, daß die nationalliberale Partei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei sei und sich auch nicht nur aus Arbeitern, sondern ebenso aus Nichtarbeitern anderer Stände zusammensetzen müsse. Deshalb könne sich die Partei nicht für einen bestimmten Standes als Kandidaten zu verpflichten.

Die Zentrumsarbeiter wollen im Kreise Ahnsen-Wycknau einen Arbeiter als Kandidaten aufstellen. Das Zentrum hält aber an der Kandidatur der bisherigen Abgeordneten Herold und Wattenbork fest.

In Kassel-Stadt hat die nationalliberale Partei mehrerer der bisherigen Abgeordneten Landesrat Dr. Schroeder-Kassel wieder aufgestellt, den auch die Freisinnigen unterstützen.

Die Senator Holtermann, der an die Kandidatur für den Landtag verzichtet, ist Landrat Dr. Baumrat-Stade von den Nationalliberalen aufgestellt worden.

Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza. Die nationalliberale Partei hat die Gemeinschaft mit der freisinnigen Volkspartei beschlossen, den Wahlkampf gegen konservativen, Zentrum und Bund der Landwirte zu führen, um den liberalen, wenn es irgend möglich ist, für die liberalen Parteien zu gewinnen. Der Plan, den abgeleiteten bisherigen Abgeordneten Freyherrn v. Zedlig neben einem nationalliberalen Kandidaten aufzustellen, konnte nicht verwirklicht werden, da Herr v. Zedlig es nicht bewilligt hat, noch einmal in einem Kreise kandidieren, der seine 35jährige Vertretung so nicht libant lohnt. Es kommen nunmehr zwei nationalliberale Kandidaten als Gegner der Konservativen in Frage.

Der Vorstand des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei in Vreslau hat auf eine Aufgabewahlkomitee der sozialdemokratischen Partei, abgewählt, die den sozialdemokratischen bei der diesjährigen Landtagswahl ein Mandat abzugeben, ablehnen beantwortet.

Im vierten Berliner Landtagswahlkreis (Tempelhofer Parkstadt, Gdenteide und ein Teil inneren Luisenpark) wurde von einer großen Frauenversammlung der Abgeordnete Müller-Sagan als Kandidat der freisinnigen Partei für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt.

Im Wahlkreise Strausberg-Franzburg-Mü ist von freisinniger Seite für das eine Mal Dr. Müller-Sagan in Aussicht genommen; die zweite Kandidatur verbleibt noch nicht.

Die Preffensausstellung.

Günstige Leser haben sich auf schriftlichem Wege darüber geäußert, daß an dieser Stelle dem Meister M. Liebermann, Berlin, so viel mitgeteilt zu werden pflegt. Der Herr Liebermann ist herzlich verärgert, daß man ihn nicht persönlich verhöre, daß man ihn nicht über die Verhältnisse der Ausstellung in Kenntnis setze, daß man ihn nicht über die Verhältnisse der Ausstellung in Kenntnis setze, daß man ihn nicht über die Verhältnisse der Ausstellung in Kenntnis setze.

Und man liest sich alles gefallen, wenn Herrschaff nicht so erschrecklich phantastisch jedem Mädchenfänger werden wir uns beugen das gerade dieser von allen Göttern Belasene ein Stübli Petri fügen mußte, die Verletzung ist ein Naturakzident, auf dem Gebiete der graue Biermannsche Debe auf die Verden. Die das es lediglich auf coloristischen Auslegung ist Unfinn. Dürfte sie recht, so müßte auf das ganz verzichtet werden, so wäre ein Empfinden das höchste Ziel. Wir kommen ohne Inba